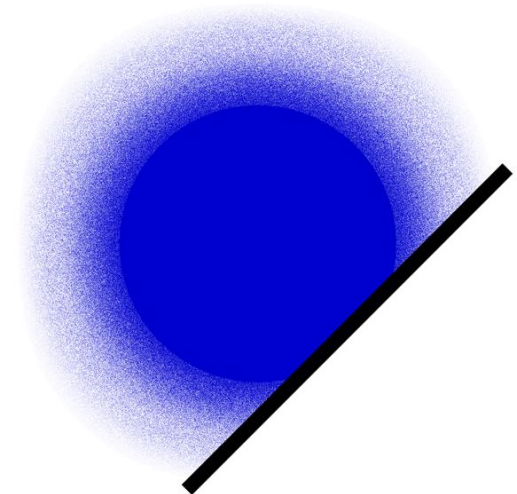




Rechte Strategien in der Krise der Demokratie: Krisenperpetuierung und Pseudopartizipation

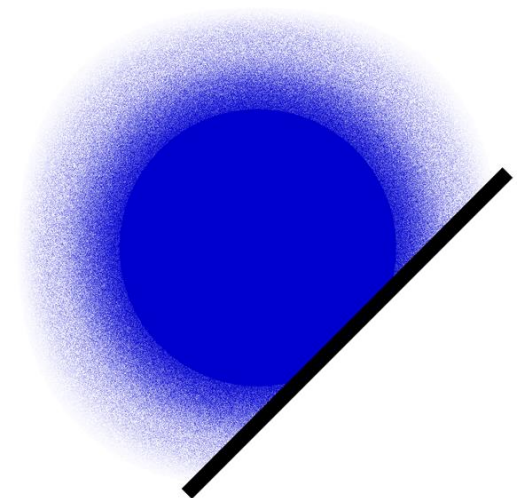
Dr. Daniel Keil
Universität zu Köln

07.10.2019 Wien



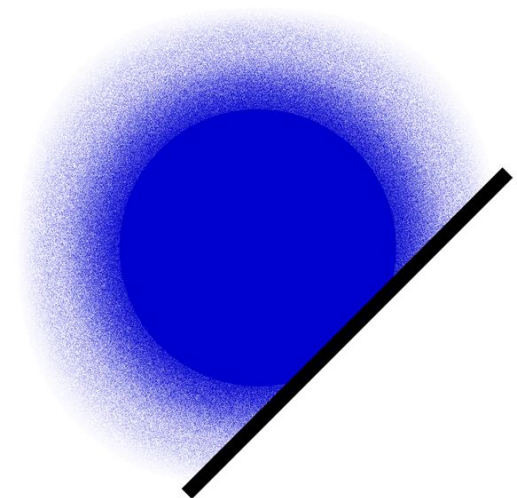
Rechte Strategien in der Krise der Demokratie

1. Verortung im Projekt
2. Krise der Demokratie
3. Rechte Reaktionen: Souveränität statt Teilhabe
4. Versprechen: Gewalt
5. Vorläufiges Fazit



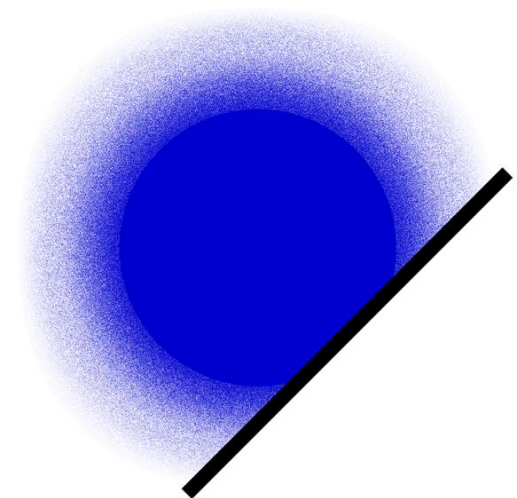
0. Vorweg

Die Krise der Demokratie wird in vielen Elementen von (neu)rechter Seite aufgegriffen und zur „Systemkritik“ genutzt. Hierbei wird über den Begriff der Volkssouveränität ein antidemokratisches Verständnis von Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen und Entwicklungen deutlich. Dieses Versprechen an „das Volk“, wieder an Entscheidungen beteiligt zu sein, ist vor allem eines, das die Teilhabe an staatlich ausgeübter Gewalt verspricht.



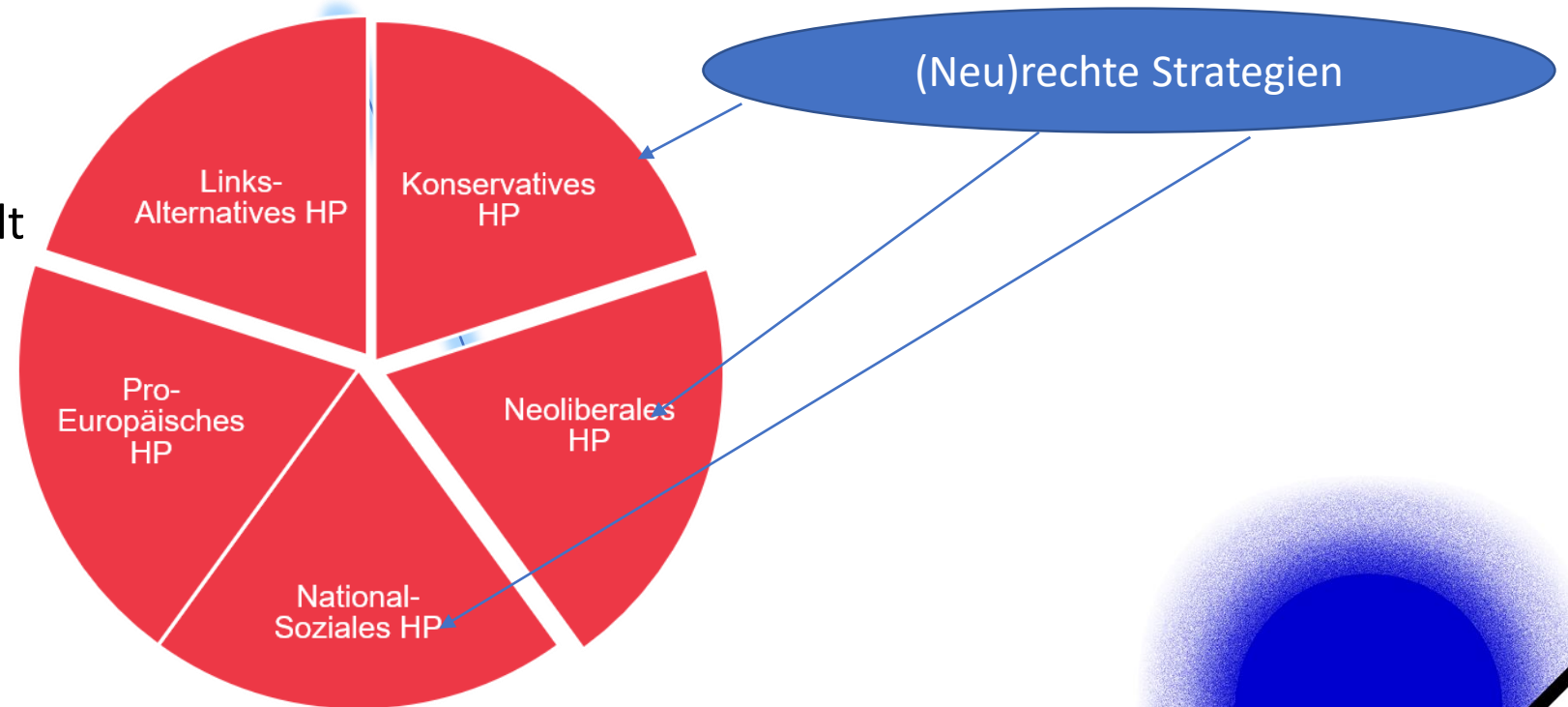
0. Vorweg

- Häufig wird das Erstarken (neu)rechter Parteien mit einer Abwendung linker Parteien von „den Arbeiter*innen“ erklärt
- Damit wird suggeriert, (neu)rechte Parteien hätten ein soziales Programm
- Sie reagieren tatsächlich auf die Krise der Demokratie und die ökonomische Krise
- Allerdings transportieren sie ein Versprechen der Wiederherstellung von Partizipation
- Dieses Versprechen der Partizipation ist ein antidemokratisches, das vor allem die Teilhabe an staatlich ausgeübter Gewalt verspricht



1. Verortung im Projekt „(Neu)Rechtes Europa?“

- Hegemonieprojekte:
- Erfassen der Bündelung von Praktiken und Strategien unterschiedlicher Akteur*innen in ein Projekt, das auf gesellschaftliche Hegemonie abzielt
- Hegemonieprojekte sind „politikfeldübergreifende Kräftekonstellationen“ (Buckel et.al. 2014: 47), die nicht statisch sind,
- Der Prozess der Aggregation verschiedener Strategien und Praktiken zu einem Projekt wird insbesondere von Intellektuellen geleistet



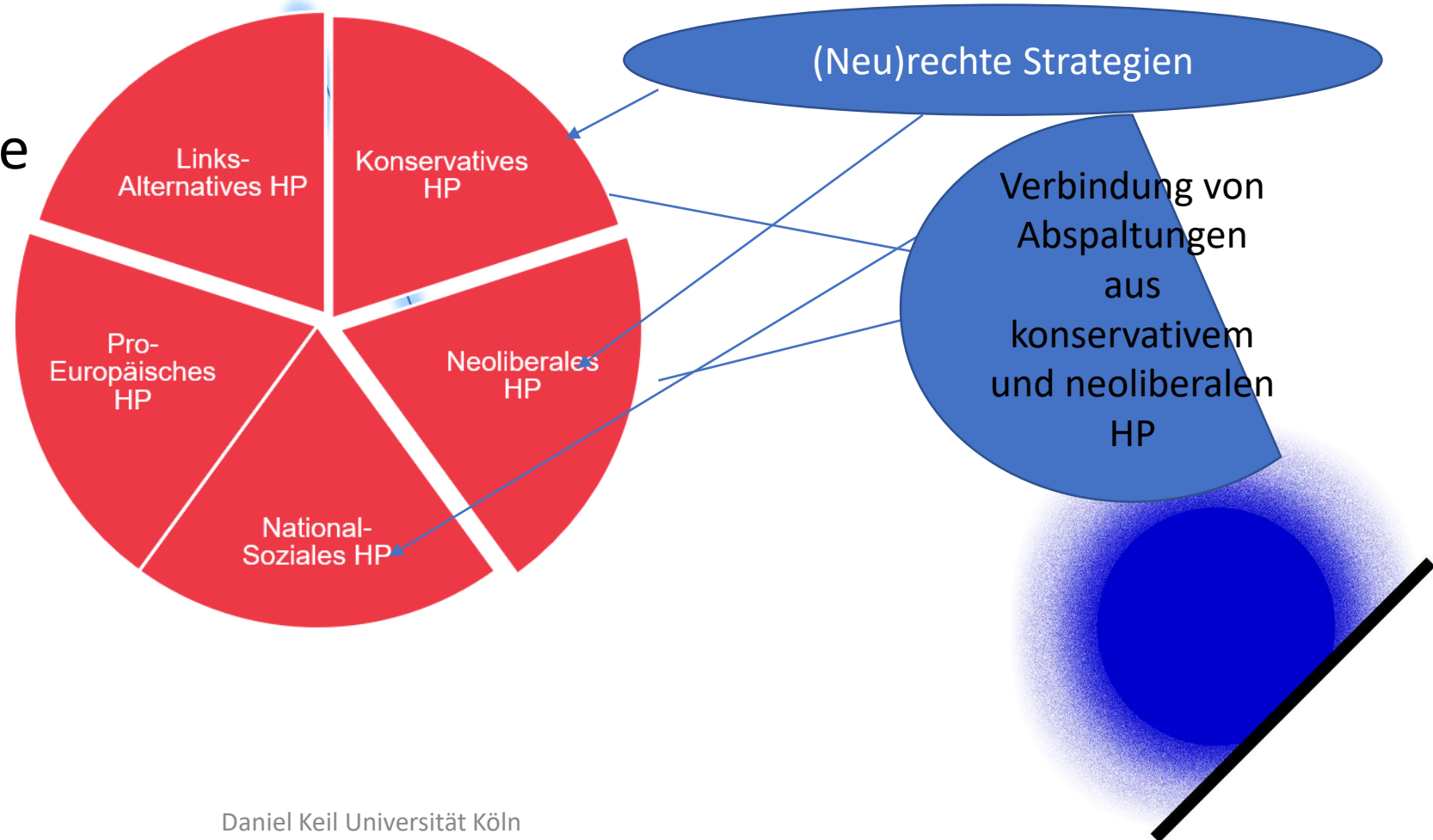
1. Verortung im Projekt „(Neu)Rechtes Europa?“

Krise der EU

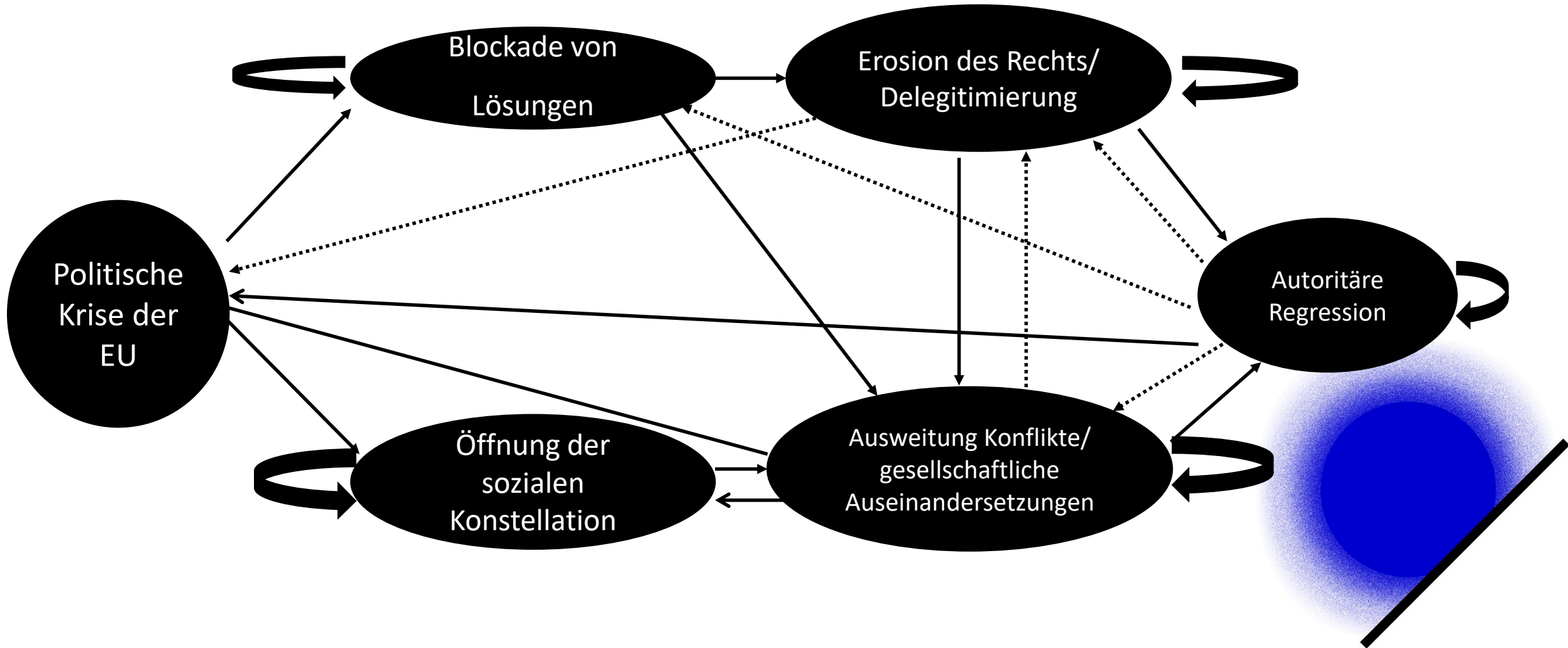
Krise der Demokratie

Diskursfeld:

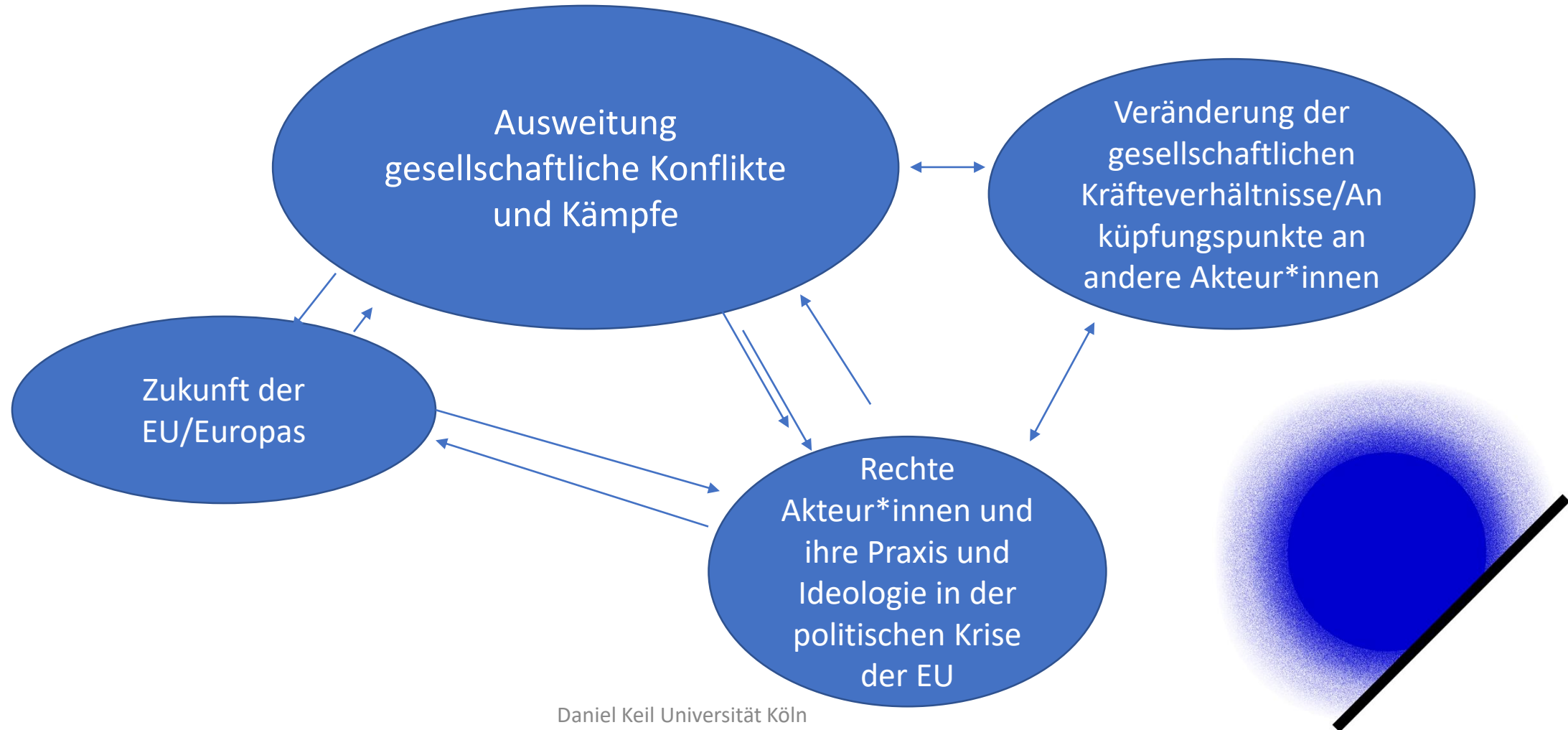
„Zukunft der EU“



1. Verortung im Projekt „(Neu)Rechtes Europa?“

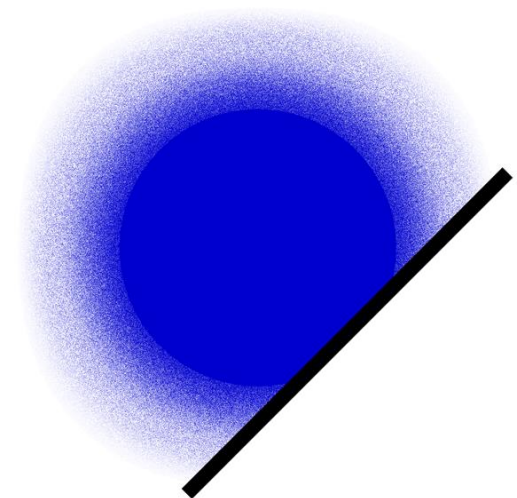


1. Verortung im Projekt „(Neu)Rechtes Europa?“



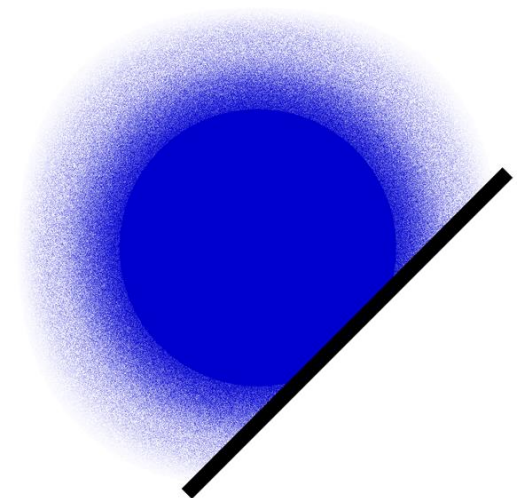
2. Krise der Demokratie

- „Immunisierung“ der politischen Institutionen gegen alternative Entwicklungen (insbesondere ökonomisch): „Überkonstitutionalisierung“ (Dieter Grimm)
- Verhindert die Partizipation an Entscheidungen
- Hegemonietheoretisch: Dominanz einer Fraktion
- Wettbewerbskonstitution der EU ist zentraler Bestandteil der Krise der Demokratie
- „Zukunft der EU“: Legitimationskrise/Krise des Europeanarrativs



2. Krise der Demokratie

- Diese Situation wird jetzt häufig interpretiert als:
- Neue gesellschaftliche Spaltungslinie zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus
- Dualismus Global - National
- Verlust der Handlungsfähigkeit => Souveränitätsverlust



3. Krise der Demokratie/Rechte Reaktionen

- Rechte setzen ihre Kriseninterpretation genau an dieser Stelle an:
- Souveränitätsverlust durch EU/globale Ökonomie und durch Migration
- Die „Immunisierung“ politischer Institutionen wird als „Fremdbestimmung“ durch „abgehobene Eliten“ usw. interpretiert
- Dagegen wird eine mythische Interpretation des „Volkswillens“ gesetzt



3. Rechte Reaktionen: Souveränität statt Teilhabe

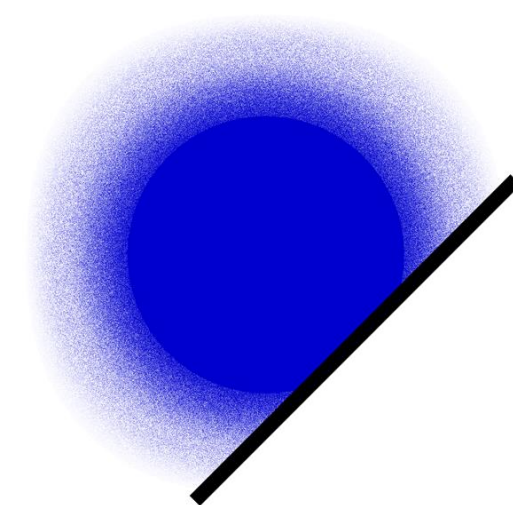
Pseudopartizipation:

Konstruktion eines mythischen „einheitlichen Volkswillens“

„Die deutschen sagen, oder die Mitteleuropäer das muss kulturell homogen sein, weil das ist die Voraussetzung für den einheitlichen politischen Willen.“ (...) (Krah 2019)

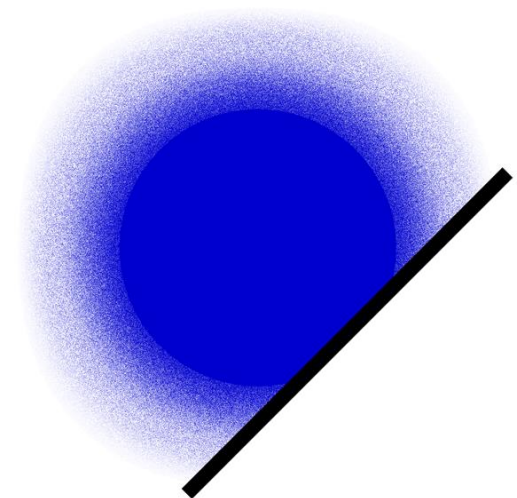
Der Volkswille lässt sich empirisch nicht ermitteln:

„Auch bei einer wiederhergestellten inneren Einheit muß er [der verantwortungsvolle Politiker, DK] ein Sensorium für die »volonté generale« besitzen und notfalls auch gegen die aktuellen öffentlichen Befindlichkeiten und für das Volk die richtigen Entscheidungen treffen – also nicht selbstherrlich-autokratisch, sondern im dienenden Sinne.“ (Höcke 2018: 235f.)



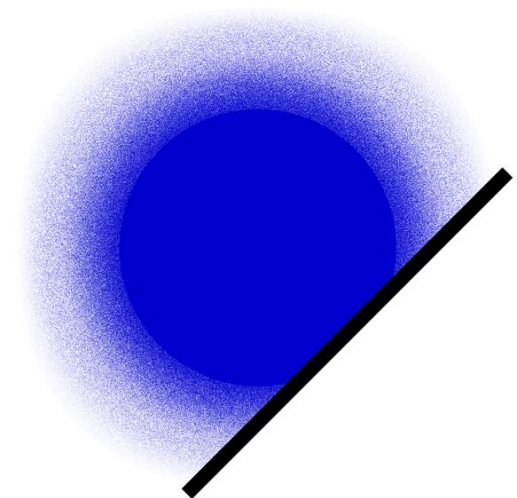
3. Rechte Reaktionen: Souveränität statt Teilhabe

- „Das heißt also aus einem Staat als Ausdruck eines kollektiven Willens der von einem Kollektiv her gedacht wird, wird eine Welt, die nur noch Regierungsbezirke kennt aber im Kern einem einheitlichen Reglement unterworfen ist. Und damit kommen wir also wieder weg aus dem Pluriversum der Nationalstaaten mit ihrer Trennung von innen und außen, und dem Staat als der politischen Erscheinungsform eines in territorialer Geschlossenheit siedelnden Volkes zu einem gedachten Globalimperium das nur noch pragmatisch ist, das versucht Dinge zu regeln die da sind, aber ansonsten im anything goes des freien Individuums unterworfen ist.“
(Krah 2019)



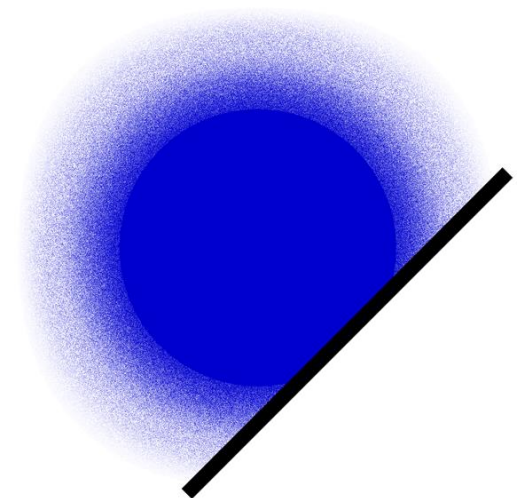
3. Rechte Reaktionen: Souveränität statt Teilhabe

- „Der Staat ist der Organisationsrahmen einer Nation, also eines Staatsvolkes, das dem Willen zur Gestaltung seines Lebens eine Form gab und gibt.“ (Kubitschek 2017)
- „(...) Parteien und andere ideologische oder ökonomische Lobbygruppen, die ihren Vorteil verfolgen und den Staat als Beute begreifen.“ (ebd.)



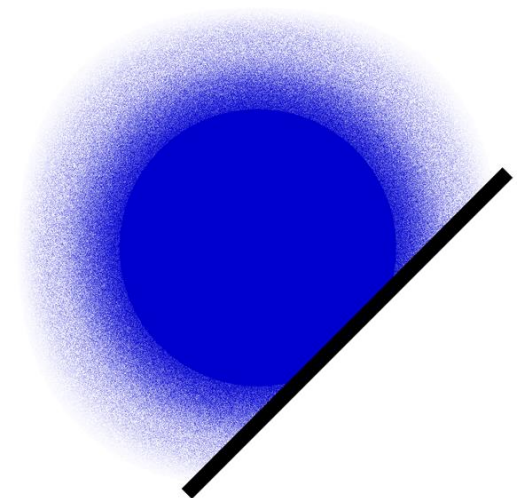
3. Rechte Reaktionen: Souveränität statt Teilhabe

- Partizipation im Sinne der (neuen) Rechten heißt daher:
- Volkswille, der sich unmittelbar im Staat ausdrückt. Nur wenn das Volk homogen ist, kann sich dieser an sich daseiende Wille im Staat materialisieren.
- Der Volkswille braucht aber Homogenität: Ausschluss alles Nicht-Homogenen
- Höcke: „Solidarischer Patriotismus“ (2018: 246) heißt genau das: Herstellung der Einheit des Volkes gegen Außen (Globalisierung/Migration) und Innen („Anti-nationale“ Eliten)



4. Versprechen: Gewalt

- „Souveränität heißt die Macht kein Gesetz keinen Beschränkungen unterliegt unterworfen ist und die frei also eine unbegrenzte ominöse Allmacht unbeschränkt die sich frei entfalten kann.“ (Krah 2019, so im Original in der Rede)
- D.h. „der Souverän“ steht außerhalb der Verfassung
- „Volkssouveränität“ in diesem Sinne bedeutet: Der Unterschied zwischen „verfassungsgebender Gewalt“ und der durch die Verfassung gegebenen Gewalt (Staatsgewalt) wird im einheitlichen politischen Willen des homogenen Volkes aufgehoben => Diese Aufhebung ist Grundlage eines faschistischen Maßnahmestaats
- „Die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen.“ (Höcke 2018: 257f.)



5. Vorläufiges Fazit

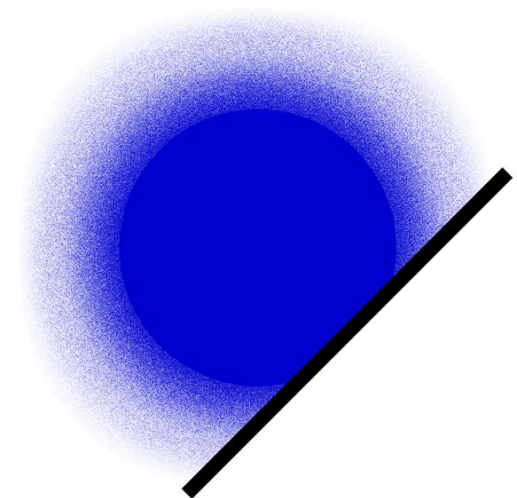
In der Krise der Demokratie knüpfen (neu)rechte Akteur*innen an Elemente dieser Krise an und bauen ein eigenes Deutungsmuster, das sich in Begriffen wie „Volkssouveränität“ vermittelt.

Ergebnis ist das untergründig formulierte Versprechen, an der Gewalt des Staates gegen als „Andere“ markierte teilzuhaben.

Es ist die Negation eines demokratischen Partizipationsversprechens.

Hierin muss insbesondere die vermeintlich soziale Rhetorik der Völkischen eingeordnet werden. Das „soziale“ und die „Solidarität“ bestehen darin, Gruppen als Schuldige auszudeuten und zum Abschuss freizugeben.

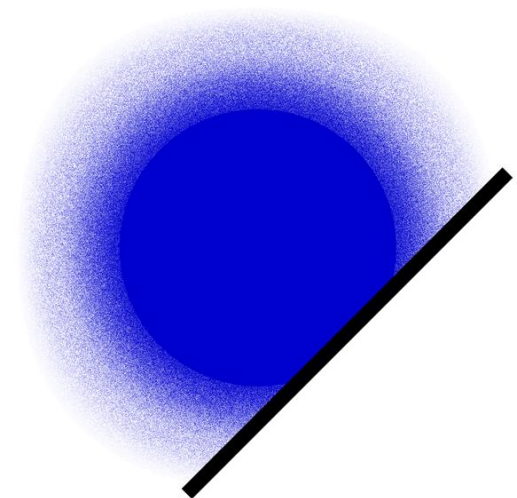
Eine solche Politik will die Krise nicht bearbeiten, sondern eskalieren.



5. Vorläufiges Fazit

Es geht daher darum, Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auszubauen, die Blockade von alternativen Entwicklungen aufzubrechen und eine wirklich demokratische Alternative zu formulieren, anstatt die Interpretation der Rechten quasi zu übernehmen und die Demokratie allein im Nationalstaat situiert zu sehen.

Es gilt, eine Demokratie jenseits des Nationalstaats zu entwickeln.



Quellen

Krah, Maximilian 2019: Volk, Volkssouveränität, Verfassung. Vortrag auf der Winterakademie des Instituts für Staatspolitik in Schnellroda, in:
<https://www.youtube.com/watch?v=z9dKdGkMhzg>

Höcke, Björn 2018: Nie zweimal in denselben Fluss, Lüdinghausen, Berlin

Kubitschek, Götz 2017: Selbstverständlichkeiten als Minimalprogramm (I), in:
<https://sezession.de/57076/selbstverstandlichkeiten-als-minimalprogramm-i>

